

Populismus und manchmal gar Nationalismus erheben auf unserem Kontinent ihr Haupt. Ihre Protagonisten behaupten, zu viel Europa sei die Ursache unserer gegenwärtigen Schwierigkeiten. Die Lösung bestehe in weniger Europa oder gar seiner Abschaffung. Auch in Deutschland gibt es Stimmen, die behaupten, dass ihr Land das übrige Europa nicht brauche.

Doch diese Stimmen widersprechen zuallererst der reinen wirtschaftlichen Vernunft. Wenige Zahlen reichen aus, um allein die wirtschaftliche Verflechtung Deutschlands mit dem europäischen Binnenmarkt, insbesondere mit den übrigen Mitgliedern des Euroraums, vor Augen zu führen. Im Jahr 2010 exportierte Deutschland mehr Waren in die Niederlande als nach China, mehr Waren nach Frankreich als in die USA, nach Polen als nach Russland, nach Spanien als nach Brasilien, nach Ungarn als nach Indien. Deutschlands Ausfuhren in die EU-Länder waren fast fünfmal so hoch wie die in die BRIC-Länder, während die Einfuhren aus den BRIC-Staaten gerade einmal zwanzig Prozent der Einfuhren aus den EU-Staaten ausmachten. Bei einem Auseinanderbrechen des Euroraums oder der EU dürften die auf Deutschland zukommenden Kosten Schätzungen zu folge anfänglich bis zu fünfzig Prozent des Bruttoinlandsproduktes ausmachen. Deutschland könnte Konjunktureinbußen bis zu drei Prozent erleiden, und eine Million Arbeitsplätze gingen verloren, wenn der Euroraum auf einige Kernlä-

der zurückshrumpfte. Der Wohlstand künftiger Generationen wäre gefährdet.

Der Ruf nach Alleingängen verkennt darüber hinaus aber auch die globalen Realitäten sowie unsere gemeinsame europäische Geschichte. Diese zeigt, dass unser Kontinent einfach zu klein und zu sehr mit den anderen Staaten der Welt verbunden ist, als dass wir beiseitestehen und uns gegenseitig den Rücken zukehren könnten. Dabei ist dies keine Erkenntnis von heute. Bereits 1954 hatte Jean Monnet festgestellt: „Unsere Länder sind zu klein geworden für die gegenwärtige Welt, gemessen an den modernen technischen Mitteln, gemessen an dem Amerika und Russland von heute, dem China und Indien von morgen.“ Nur ist Jean Monnets Voraussage inzwischen Realität.

Global bestehen nur gemeinsam

Das bipolare System ist einer multipolaren, immer unberechenbareren Welt gewichen. Die wirtschaftliche und geopolitische Weltordnung erlebt fundamentale Veränderungen. Wir sind Zeugen des Aufstrebens und der rasanten Entwicklung neuer Volkswirtschaften und politischer Mächte.

Wenn Europa in dieser neuen Welt Subjekt und nicht Objekt sein möchte, müssen unsere Mitgliedstaaten, auch die größten, erkennen, dass sie für sich allein dazu weder die Macht noch den Einfluss haben. Nur ein vereintes Europa verfügt über die notwendige kritische Masse und die Stärke, seine Werte zu verteidigen und seine Interessen in der Welt zu ver-

treten. Wenn Europa nicht vereint agiert, wird es scheitern. Wir stehen deshalb an einem Scheideweg: Entweder wir stehen zusammen, oder wir versinken in Bedeutungslosigkeit. Stillstand ist Rückschritt. *Non progredi est regredi.*

Aus diesem Grund wird auch eine gespaltene Europäische Union nicht funktionieren. Dies gilt sowohl für eine Union, die aus verschiedenen Teilen mit widersprüchlichen Zielen zusammengesetzt ist, als auch für eine Union mit einem integrierten Kern und einem abgekoppelten Rand, und ebenfalls für eine Union, in der ein ungesundes Machtverhältnis herrscht oder die von Direktorien weniger Einzeller dominiert wird. Diese Konzepte sind nicht auf Dauer angelegt und werden scheitern.

Deshalb ist es so wichtig, dass die Entscheidungsträger auf allen Ebenen, von der europäischen bis zur kommunalen, sich dieser Verantwortung bewusst sind und aktiv für Europa eintreten. Und deshalb ist es so wichtig, dass wir Europa die erforderlichen Instrumente in die Hand geben, um es stark zu machen. Wir müssen dabei mit unseren Bürgerinnen und Bürgern eine ehrliche und offene Debatte über Europa führen und deutlich machen, was auf dem Spiel steht.

„Europa muss geschaffen werden“

Konrad Adenauer fasste die Aufgabe der künftigen Generationen in den 1950er-Jahren in vier einfachen Worten zusammen: „Europa muss geschaffen werden.“ Die Generationen vor uns haben ihren Teil beigetragen – jetzt müssen auch wir unseren Beitrag leisten. Europa ist ein dynamisches Konzept, nicht eines, dessen Gestalt auf ewig in Stein gemeißelt ist. Es ist ein Konzept, das sich an veränderte Umstände anpassen kann und muss – politisch und wirtschaftlich.

Das Europa von heute unterscheidet sich erheblich von dem noch vor zwanzig Jahren, als der europäische Binnenmarkt

ins Leben gerufen wurde. Damals war das weltumspannende Internet noch nicht Teil unseres Alltags. Die Märkte waren nicht imstande, binnen Sekunden Kettenreaktionen auszulösen, die sich auf die ganze Welt ausbreiten. Heute treffen die Märkte Entscheidungen, die innerhalb von Sekunden Auswirkungen auf uns alle haben. Wir können darauf nicht länger mit Entscheidungsprozessen reagieren, wie wir sie gegenwärtig zu unserer Verfügung haben.

Eine verstärkte wirtschaftliche Steuerung des Euroraums muss eine zentrale Säule dieser gestärkten und vertieften Europäischen Union bilden. Wir müssen unsere Währungsunion um eine Wirtschaftsunion ergänzen. Um zu mehr Wachstum zu gelangen, das Europa so dringend zum Überleben braucht, benötigen wir mehr Disziplin, aber auch mehr Konvergenz. Wir brauchen eine Union der Stabilität, aber auch eine Union der Solidarität.

Die Geschwindigkeit der Europäischen Union, insbesondere des Euroraums, darf nicht die Geschwindigkeit des langsamsten oder widerstrebendsten Mitglieds sein. Es muss Schutzklauseln für diejenigen geben, die nicht voranschreiten wollen, und diese Garantien gibt es auch. Aber es muss unterschieden werden zwischen denen, die nicht voranschreiten wollen, und denen, die andere daran hindern voranzuschreiten.

Europa sollte sich nicht zu Formen einer rein intergouvernementalen, also zwischenstaatlichen, Zusammenarbeit zurückentwickeln. Dies würde den Weg zurück zu den Bedingungen des neunzehnten Jahrhunderts bereiten, in dem Frieden und Wohlstand durch ein labiles Gleichgewicht zwischen einer begrenzten Anzahl von Großmächten garantiert werden sollten. Das Konzept des Gleichgewichts der Mächte ging aber nicht auf. Deshalb haben wir nach dem Zweiten Weltkrieg gemeinsame supranationale Institutionen und Methoden geschaffen.

Nicolas Sarkozy, Angela Merkel und José Manuel Barroso am 9. Dezember 2011 in Brüssel.

© epa, Foto: Olivier Hoslet



Jean Monnet schrieb einmal: „Nichts ist möglich ohne die Menschen, nichts ist von Dauer ohne Institutionen.“ Demokratisch legitimierte, von den Mitgliedstaaten im eigenen Interesse geschaffene europäische Institutionen müssen auch in Zukunft eine starke garantierende Rolle im politischen System der EU einnehmen. In der EU haben wir ein bewährtes Gleichgewicht zwischen den Belangen der Mitgliedstaaten einerseits und dem Gemeinschaftsinteresse andererseits. Während die Mitgliedstaaten durch den Europäischen Rat und den Ministerrat vertreten sind, gibt es außerdem Institutionen mit einem innovativen, supranationalen Charakter: das demokratisch gewählte Europäische Parlament, die Europäische Kommission, den Europäischen Gerichtshof, die Europäische Zentralbank und den Rechnungshof.

Selbstverständlich stellt sich im Zuge verstärkter Konvergenz und Integration

der EU auch die Frage nach der demokratischen Legitimität der EU.

EU: neue Schöpfung für eine neue Realität

Unsere Union ist zunächst – und wird dies auch in Zukunft bleiben – eine Schöpfung der besonderen Art. Ihre Verfassung und ihr Handeln können nicht anhand der Kriterien eines Nationalstaats gemessen werden. Sie können auch nicht anhand der Kriterien einer internationalen Organisation gemessen werden. Es handelt sich vielmehr um eine neue Schöpfung für eine neue Realität. Dies bedeutet, dass wir nicht – wie dies bisweilen geschieht – die nationalen demokratischen Prozesse dem europäischen demokratischen Prozess entgegenstellen dürfen. Gleichzeitig dürfen wir die nationalen Demokratien nicht durch den europäischen demokratischen Prozess ersetzen oder umgekehrt. Wir brauchen beide,

wenn die Union in den Augen ihrer Bürger legitimiert arbeiten soll.

Die europäische Demokratie muss durch eine engere Verzahnung der demokratischen Prozesse in den Mitgliedstaaten mit dem demokratischen Prozess in Europa gestärkt werden. Dies ist der beste Weg, unsere Bürger in die von uns getroffenen Entscheidungen einzubinden. Das gemeinschaftliche Vorgehen ist hierbei nach wie vor entscheidend, um das Subsidiaritätsprinzip zu gewährleisten.

Kooperation zwischen nationaler und europäischer Demokratie

Dies ist die Essenz der Gemeinschaftsmethode. Im Bereich der Justiz hat das deutsche Bundesverfassungsgericht einen guten Begriff gefunden, um die Koexistenz des nationalen Justizwesens und des europäischen Justizwesens zu beschreiben: Kooperationsverhältnis. Ich denke, dass es lohnenswert ist, über eine Übertragung dieser Idee auf das Verhältnis zwischen der nationalen und der europäischen Legislative nachzudenken. Beide sind in ihren jeweiligen Bereichen unersetztlich. Keine kann an die Stelle der anderen treten. Beide müssen einander respektieren.

Es ist besser, in solch ein Kooperationsverhältnis zu investieren, als ein Konkurrenzverhältnis zu postulieren. Es ist nicht länger zutreffend und auch nicht funktional sinnvoll, dass Demokratie nur innerhalb des Nationalstaats möglich ist. Die Globalisierung und die gegenwärtige Krise zeigen uns die Grenzen der Demokratie auf, wenn sie auf den Nationalstaat beschränkt bleibt. Die Europäische Union wurde für Zeiten wie diese gegründet. Wenn wir die Demokratie in einer globalen Welt erhalten wollen, müssen wir die Demokratie des Nationalstaates um die Demokratie in der Europäischen Union ergänzen. Tun wir dies nicht, bewahren wir zwar formal die völkerrechtliche Souveränität der Mitgliedstaaten, übergeben

aber die materielle Souveränität bestimmten Finanzoperateuren und anderen globalen Akteuren, die keinerlei demokratischer Kontrolle unterliegen.

Die EU ist eine Gemeinschaft des Rechts. Die Einbindung ihrer Institutionen, also die Anwendung der sogenannten Gemeinschaftsmethode, in den politischen Entscheidungsprozess ist die beste Versicherung gegen politisches Feilschen und dagegen, dass die finanzielle Stabilität innerhalb des Euroraums zur Geisel der Politik wird.

Es sind die supranationalen Organe, welche die beste Gewähr für die Einhaltung und Durchsetzung europäischer rechtlicher Normen in einer Union souveräner Staaten bieten. Sie verfügen über die Unabhängigkeit und die Objektivität zu gewährleisten, dass alle Mitgliedstaaten, unabhängig von ihrer Größe, ob Mitglied des Euroraums oder nicht, vor den Verträgen gleichbehandelt werden. Hier genau liegt die besondere Bedeutung der Europäischen Kommission in ihrer Funktion als Wirtschaftsregierung der Europäischen Union im Bereich der ihr von den Verträgen zugewiesenen Befugnisse.

EU und Euroraum gehören zusammen

Zu einem Zeitpunkt, da Europa seine Währungsunion um eine Wirtschaftsunion ergänzt, in einer Zeit, in der wir uns auf mehr Konvergenz und mehr Disziplin verpflichten, sind unabhängige und objektive Organe notwendiger denn je.

Deshalb besteht die Europäische Kommission bei den Diskussionen über die Vertiefung der Europäischen Integration, auch in Form einer möglichen Abänderung oder Ergänzung der EU-Verträge, auf der Bewahrung der Integrität des europäischen Binnenmarktes und der gemeinsamen Währung. Die EU insgesamt und der Euroraum gehören zusammen.

Die Kommission begrüßt sehr wohl und drängt auch auf eine stärkere Inte-

gration der wirtschaftspolitischen Steuerung und Koordinierung innerhalb des Euroraums. Nur so können wir mehr Disziplin und Stabilität erreichen und die Stabilität des Euro dauerhaft sichern. Stabilität und Disziplin müssen jedoch mit Wachstum einhergehen. Wobei der Binnenmarkt unser größter Trumpf ist, um das Wachstum zu fördern.

Es wäre absurd, wenn der Kern des europäischen Einigungsprozesses – und die im Euroraum verwirklichte Wirtschafts- und Währungsunion ist dieser Kern – als „Ausstiegsklausel“ aus der Europäischen Union und ihrer Methodik gesehen würde. Es wäre absurd, wenn der Teil unserer Integration, der substantiell am weitesten geht, formell der unverbindlichste würde.

Somit besteht unsere Herausforderung darin, die Integration des Euroraums weiter voranzutreiben, ohne es zu einer Trennung von denjenigen kommen zu lassen, die ihm noch nicht angehören.

Auch wenn zwei Mitgliedstaaten – nur zwei Mitgliedstaaten – ein „Opt-out“ aus der Währungsunion ausgehandelt haben, ändert dies nichts daran, dass die Verträge für alle anderen EU-Staaten den Beitritt zum Euroraum nicht nur als Recht, sondern auch als Verpflichtung vorsehen. Voraussetzung ist natürlich, dass die Bedingungen erfüllt werden.

Die Verträge definieren den Euroraum nicht als etwas, was sich von der Europäischen Union unterscheidet. Die Zugehörigkeit zum Euroraum oder das Bestreben, ihm beizutreten, beschreibt also den Normalzustand – die Nichtzugehörigkeit dagegen die Abweichung vom Normalzustand.

Antwort auf die Krise – Vertiefung der Integration

Die Schwierigkeiten, vor denen wir stehen, wurden nicht durch die Beachtung der Gemeinschaftsmethode, sondern vielmehr durch ihre Nichtbeachtung ver-

ursacht. In Wahrheit ist die Wirtschafts- und Währungsunion letztendlich unvereinbar mit der Logik reiner Zwischenstaatlichkeit: Eine Wirtschafts- und Währungsunion erfordert Verpflichtungen, Regeln und eine Einhaltung der Verpflichtungen und Regeln, die nicht nur durch Gruppendruck oder reine Regierungszusammenarbeit gewährleistet werden können. Diese Regeln dürfen in keinem Fall dem volatilen Prinzip der Macht unterworfen sein.

Dies bedeutet, dass die Vertiefung der Integration des Euroraums die politische, rechtliche und institutionelle Kohärenz der EU bewahren muss. Dies bedeutet ferner, dass die Vertiefung der Integration des Euroraums mithilfe der Gemeinschaftsmethode erfolgen muss, wobei die Aufgaben der Gemeinschaftsorgane zu wahren und weiterzuentwickeln sind.

Im November hat die Kommission ein Maßnahmenpaket zur Vertiefung der Europäischen Union und zur Intensivierung der wirtschaftspolitischen Lenkung des Euroraums vorgelegt.

Wesentliche Schritte

Dazu gehören die folgenden vier Elemente:

Erstens: Eine dem Mitentscheidungsverfahren unterliegende Verordnung, die die EFSF- und ESM-Unterstützung mit der Überwachung der einzelnen Länder auf der Grundlage von Artikel 136 des Vertrags verbindet. Durch Einbeziehung der Steuerung des Euroraums in den Vertragsrahmen und somit in die Gemeinschaftsmethode bleiben die legale und institutionelle Kohärenz und die Kompatibilität zwischen dem Euroraum und der EU als Ganzes gewahrt. Diese Verordnung dient zum einen als Schnittstelle zwischen finanzieller Hilfe aus EFSF und dem künftigen ESM – die bekanntmaßen intergouvernemental ausgerichtet sind – und zum anderen der vertragsbasierten Überwachung. Sie wird die

Überwachung für Euro-Mitgliedstaaten, die vorbeugende Hilfe und Hilfe aus einem Anpassungsprogramm erhalten, verstärken und darüber hinaus die Überwachung nach Ablauf des Programms sicherstellen.

Zweitens: Eine weitere dem Mitentscheidungsverfahren unterliegende Verordnung über eine tiefer gehende Haushaltüberwachung, ebenfalls auf der Grundlage von Artikel 136 des Vertrags. Für Mitgliedstaaten des Euroraums, gegen die ein Defizitverfahren läuft, werden abgestufte Schritte und Bedingungen zur Überwachung der nationalen Haushaltspolitik festgelegt. Hierdurch dürften Kommission und Rat die nationalen Haushaltsentwürfe im Vorfeld prüfen und eine Stellungnahme hierzu abgeben können, bevor sie von den nationalen Parlamenten angenommen werden, wobei in ernsthaften Fällen eine zweite Lösung erforderlich werden kann. Darüber hinaus wird die Kommission die Ausführung des Haushalts überwachen und gegebenenfalls im Laufe des Jahres Änderungen vorschlagen.

Drittens: Ein Grünbuch über Euro-Stabilitätsanleihen. Die gemeinsame Emission von Schuldtitlen wird als natürlicher und für alle vorteilhafter Schritt angesehen, sobald der Euroraum voll und ganz mit den Instrumenten ausgerüstet ist, die für eine Gewährleistung von Integration und Disziplin notwendig sind. Vorausgesetzt, dass solche „Stabilitätsanleihen“ so konzipiert sind, dass sie diejenigen, die sich an die Regeln halten, belohnen und diejenigen, die sich nicht daran halten, abschrecken. Das Grünbuch enthält Optionen für die gemeinsame Emission von Schuldtitlen im Euroraum sowie für weitere Schritte einer verstärkten wirtschaftspolitischen Steuerung. Einige dieser Optionen können im Rahmen des derzeitigen Vertrags umgesetzt werden, während vollwertige „Eurobonds“ eine Vertragsänderung erforderlich machen würden.

Viertens: Das letzte Element unseres Maßnahmenpakets zur wirtschaftspolitischen Steuerung ist der Jahreswachstumsbericht 2012. Vor dem Hintergrund einer schwindenden wirtschaftlichen Erholung in Europa legt er Prioritäten für wachstums- und beschäftigungsfördernde Maßnahmen in der EU fest. Er ist ebenfalls Ausgangspunkt für das zweite Europäische Semester, unseren Rahmen für die Überwachung und Koordinierung der Finanz- und Wirtschaftspolitik auf EU-Ebene. Im Jahreswachstumsbericht werden die Fortschritte bei der diesjährigen Umsetzung der nationalen Verpflichtungen im Rahmen der länderspezifischen Empfehlungen sowie im Rahmen des Euro-Plus-Pakts bewertet, was die Planung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen für das kommende Jahr erleichtert.

Der „Fiskalpakt“

Dementsprechend war der Ausgangspunkt der Kommission für den Europäischen Rat am 8. und 9. Dezember klar: Es musste eine umfassende Antwort auf die Krise, ein festes Bekenntnis zur Irreversibilität des Euro geben. Und in der Tat: Es wurde eine Vereinbarung erreicht, eine Fiskalstabilitätsunion zu schaffen. Dieser „Fiskalpakt“ ist in der Sache ehrgeizig und unumstritten.

Er sieht zum einen eine Schuldenbremse vor, die von den Mitgliedstaaten rechtlich verbindlich in nationales Verfassungs- oder äquivalentes Recht umgesetzt wird und deren Umsetzung vom Europäischen Gerichtshof überwacht wird. Das ist eine gute Grundlage für nachhaltige Haushaltsführung, ein klares Signal an die Märkte, dass es die Europäer mit ihrer neuen „Stabilitätskultur“ ernst meinen.

Zum anderen sieht er vor, dass sich die Mitgliedstaaten, die der Eurozone angehören, in Zukunft noch strenger als bisher dem Defizitverfahren unterwerfen wer-

den: Sie akzeptieren einen echten Automatismus von dem Moment an, in dem ein Mitgliedstaat seinen Verpflichtungen zur Defizitkontrolle nicht nachkommt. Er wird für alle Verfahrensschritte gelten, die die Kommission vorschlägt, und kann nur noch mit einer qualifizierten Mehrheit der Mitgliedstaaten gestoppt werden.

Bedauerlicherweise konnte keine Einstimmigkeit hinsichtlich der förmlichen Umsetzung dieses Fiskalpaktes erzielt werden. Der Bericht, den der Präsident des Europäischen Rates zusammen mit dem Präsidenten der Eurogruppe und mir vorgelegt hat, unterbreitete Vorschläge, die auf eine Vertragsänderung unter Beteiligung aller siebenundzwanzig Mitgliedstaaten und aller europäischen Institutionen abzielten. Die Kommission hat alle denkbaren Anstrengungen unternommen, den Fiskalpakt innerhalb der geltenden Verträge umzusetzen.

Ein Mitgliedstaat, das Vereinigte Königreich, sah sich dazu außerstande. Vor diesem Hintergrund wählten die anderen Staats- und Regierungschefs den Weg eines internationalen Abkommens.

Internationales Abkommen

Trotzdem ist die Entschlossenheit fast aller Mitgliedstaaten zu mehr Integration, zu einer verstärkten Nutzung der Gemeinschaftsmethode, zu mehr Kohärenz ermutigend. Das internationale Abkommen wird die Unionsinstitutionen und Verfahren nicht ersetzen, sondern auf ihnen aufbauen – auf der Grundlage einer klaren Verpflichtung, es so schnell wie möglich in Unionsrecht zu überführen.

Die Kommission wird zur Fertigstellung dieses Abkommens in ihrer Rolle als Hüterin der Verträge und unseres institutionellen Modells beitragen. Sie wird die Möglichkeiten des Artikels 136 des Vertrags über die Funktionsweise der EU nutzen, um die Rechtsakte vorzuschlagen, die erforderlich sind, damit diese Konstruktion funktionieren kann.

Daneben hat der Europäische Rat eine Reihe wichtiger Schlussfolgerungen gezogen, die die Kommission seit längerer Zeit vertreten hat. So soll das Inkrafttreten des dauerhaften Schutzzirms, des Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM, von 2013 auf Juli 2012 vorgezogen werden. Dabei wird die private Gläubigerbeteiligung im Einklang mit den bewährten Prinzipien des IWF ausgestaltet, was Investoren größere Sicherheit gibt. Ferner soll der ESM in besonders dringlichen Fällen auch auf Basis einer qualifizierten Mehrheitsentscheidung (85 Prozent) aktiviert werden können. Kurzfristig wird die Möglichkeit einer Hebelung des befristeten Schutzzirms EFSF umgesetzt. Schließlich haben sich die Mitgliedstaaten dazu bekannt, den IWF mit zusätzlichen Mitteln auszustatten.

Wachstums- und Investitionsperspektiven

Von alldem ausgehend müssen wir jetzt weiterarbeiten. Schon der Frühjahrsrat 2012 wird auf Grundlage eines Berichtes des Präsidenten des Europäischen Rates, der zusammen mit dem Präsidenten der Eurogruppe und mir erstellt wird, über die weitere Vertiefung der Fiskalintegration der Eurozone beraten. Dabei wird auch das Grünbuch zu europäischen Stabilitätsbonds die Debatte weiter befruchten – als Beitrag für die Zukunft, in der die Fiskalstabilitätsunion vollendet sein und ein stärkerer, liquiderer Markt für Staatsanleihen in Europa geschaffen wird.

Wir müssen weiterhin verstärkt an der Wachstums- und Investitionsperspektive arbeiten. Haushaltsdisziplin ist unabdingbar, aber Europa muss auch ein Europa des Wachstums und der Beschäftigung sein. Strukturelle Reformen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und wachstumsfördernde Maßnahmen sind der Schlüssel zur Wiedergewinnung des Vertrauens der Investoren und der Bürger.

Deshalb wird die Kommission weiter auf der Vertiefung des Binnenmarktes, auf der raschen Umsetzung unserer Verpflichtungen im Dienstleistungs-, Energie-, Innovations- und Digitalbereich und unserer Freihandelsabkommen sowie auf der raschen Verabschiedung der Maßnahmen zur Stützung von klein- und mittelständischen Unternehmen, zur besseren Rechtsetzung oder im Steuerbereich insistieren und auf gezielte Investitionen auf europäischer Ebene einschließlich durch Projektanleihen hinwirken. Daher sind die Kommissionsvorschläge für die nächste mittelfristige Finanzplanung, etwa mit den Ideen zu einer besseren Verknüpfung der europäischen Netze, von so großer Bedeutung.

Begeisterung statt ungeliebter Mühe

In den letzten achtzehn Monaten hat die EU, insbesondere die Wirtschafts- und Währungsunion, wie hier bereits mit einigen Elementen beschrieben einen Prozess einer tief greifenden Umgestaltung und Vertiefung eingeleitet. Deutschland hat dazu in Form der gewährten Finanzgarantien einen sehr wichtigen Beitrag geleistet. Ich möchte Deutschland und den Deutschen für ihren großen Einsatz für unser Europa von Herzen danken.

Bei aller Anerkennung für diesen immens großen Einsatz Deutschlands für Europa ist es fast noch wichtiger, dass diese Solidarität einer positiven Einstellung zu Europa folgt. Deutschlands Eintreten für Europa darf keine ungeliebte Mühe sein, um das Schlimmste zu verhindern, sondern sollte erfolgen aus Begeisterung über das Erschaffen von etwas Besserem.

Wir müssen für unsere Werte und Interessen eintreten. Ich weiß, dass die

Menschen angesichts der gegenwärtigen Tendenz zum Skeptizismus – persönlich spreche ich gern von der „intellektuellen Mode des Pessimismus“ – dazu neigen, vor allem die Probleme Europas hervorzuheben.

Führung im Gemeinschaftsgeist

Natürlich befinden wir uns in einer sehr schwierigen und kritischen Situation. Aber wir dürfen nicht die Tatsache kleinreden, dass wir seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und größtenteils dank der Europäischen Integration heute in den humansten Gesellschaften der Menschheitsgeschichte leben. Die Europäer haben allen Grund, auf dieses europäische Gesellschaftsmodell stolz zu sein. Dieses Modell verdient es, verteidigt und weiterentwickelt zu werden.

Während wir voranschreiten, während Europa alles unternimmt, um diese furchtbare Wirtschafts- und Finanzkrise zu bewältigen, bitte ich Deutschland, Führung in Partnerschaft, das heißt Führung im Gemeinschaftsgeist, zu zeigen. Das Erbe Konrad Adenauers darf nicht verraten werden. Denn nichts von dem, was wir erreicht haben, ist unwiderruflich. Alles kann schneller, als es aufgebaut wurde, in sich zusammenfallen. Wenn wir wollen, dass Europa weiterhin ein Licht der Hoffnung für die Menschen in anderen Teilen der Welt ist, dürfen wir die Kerze nicht ausgehen lassen. Lassen Sie uns also diese Herausforderung mit Freude angehen. Damit auch die nächste Generation der Deutschen und der Europäer sagen kann: Wir sind zu unserem Glück vereint.

Der Artikel basiert auf der Rede des Präsidenten in Berlin am 9. November 2011 und wurde um aktualisierende Elemente infolge des Europäischen Rates vom 9. Dezember 2011 ergänzt.